

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Montag

4. August 1924

Verlag und Anzeigenabteilung:
Gesellschaft 9-5 Uhr
Verleger: Docmets-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der Gedenktag für die Kriegssopfer.

Sehn Millionen Menschen hat der Krieg dahingerafft, zwei Millionen allein aus deutschen Familien. Da fährt sich der Tag des Kriegausbruchs zum zehnten Male. Liegt es nicht für jeden nahe, an solchem Tage der Opfer zu gedenken, die auf den Schlachtfeldern blieben? Der Angehörigen der Familie, des eigenen Volkes und all der anderen, die für ihr Land gefallen sind?

Freilich der Sinn dieses Gedenkens wird anders geartet sein bei denen, die den Krieg als barbarisches Ueberbleibsel aus einer verfunkenen Zeit verabscheuen, denn bei jenen, die ihn noch immer als verjüngendes Stahlbad preisen. Die einen ziehen aus dem Massentod der Opfer die Lehre, daß es Aufgabe der Lebenden sei, durch ihr Wirken in der Gemeinschaft und im Staatenleben neue Ausbrüche des Männermordens zu verhindern. Die anderen rühmen sich, daß sie neue Kriege und neue Schlachten erstreben, um ihren vermeintlichen Idealen näher zu kommen.

Wird unter solchen Umständen eine gemeinsame Gedenkfeier möglich sein? Können die andersgearteten Zielstrebingen gerade an diesem Tage zurücktreten hinter gemeinsamer Trauer? Die Reichsregierung hat zu solcher gemeinsamen Kundgebung ausgerufen, die am Sonntag in Berlin am Reichstagsgebäude veranstaltet wurde und in vielen Teilen des Reiches gleichartige Freiern auslöste. Aber schon bei der ersten Ankündigung der Regierungsabsicht ließen die „Vaterländischen Verbände“ erklären, daß sie mit der Regierung Marx-Jarres-Stresemann kein gemeinsames Gedenken an die Kriegssopfer haben dürften. Diese ostentative Ablehnung ist inzwischen so oft wiederholt worden, daß es nicht wunder nahm, wenn die Deutschnationalen sich auch noch entschlossen, ihre Ablehnung möglichst laut hinauszuschreien. Die „Kreuzzeitung“ das Blatt der Westarp und feinesgleichen, hält es noch am Sonntag für erforderlich, der Regierung ihre „Angst vor der Fahne“ rot anzustreichen und dann fortzuführen:

„Alle, die sich heute noch verbunden fühlen mit ihren Kameraden aus der Zeit schwerer Not und eindruksvollsten Schicksals, können nicht auf das Befehnis zu dem Symbol des Frontkämpfergeistes verzichten. Sie können sich deshalb an einer Gedenkfeier, die ihnen dieses Befehnis verwehrt, nicht beteiligen. Sie werden trotzdem ihrer gefallenen Kameraden gedenken, aber dort, wo ihnen dieses Befehnis nicht verwehrt werden kann. Der deutsche Soldat kann sich auch nicht mit denen zusammenschließen, die unter „Schwarz-rot-gold“ heute etwas anderes wollen, etwas deutschem Wesen fremdes hineinzugetragen beabsichtigen in den Tag, der nur deutschem Wesen zu gelten hat. Unter ihnen befinden sich als die stärksten Verbreiter der „Schwarz-rot-goldenen“ Demokratie auch die, die durch ihre Sabotage des deutschen Kampfwillens Deutschland vernichtet und das Andenken der Gefallenen durch ihr Verbrechen am deutschen Volke geschändet haben.“

Das sind die Kriegsbeher von Beruf und Neigung, die so gegen eine würdige Feier der Toten austrumpfen. Sie finden sich wieder in Gemeinschaft mit den kriegerischen Sowjetleuten, in der „Roten Fahne“ sich das kindische Vergnügen machen, unter Mißbrauch des Kopfes unserer Zeitung der Sozialdemokratie Kriegsbegeisterung, Kriegsverlängerung, Brüderlichkeit mit dem Kapitalismus vorzuwerfen. Die Kommunisten, die nicht laut genug den „Befreiungskrieg“ gegen Frankreich — allerdings unter Trotski Führung und Rentlows Hilfe — predigen, die die „pazifistische“ Sozialdemokratie genau so hassen, wie es die Deutschnationalen tun, werfen zur Abwechslung wieder einmal der Sozialdemokratie Kriegsverherrlichung vor! Es ist ein Bild geistiger Erkränkung schlimmster Art, das sich so den Augen darbietet.

Diese Erkränkung wirkte sich auch aus in der großen offiziellen Kundgebung vor dem Reichstag. Die kommunistischen Jünglinge, die dort durch Flugblätter und Reden gegen die Sozialdemokratie und den Reichspräsidenten zu demonstrieren suchten, die absichtlich und fesselhaft das große Sägewagen zum Gedächtnis der Toten unterbrachen, waren allerdings in einer verschwindenden Minderheit. Und wenn sie angesichts ihrer bewußten Provokation unanfs behandelt wurden, so war das zwar beschämend für die Arbeiterklasse, der sie angehören, aber es war begreiflich, daß sich die Zehntausende nicht von den Anhängern der Sowjetarmee verhöhnen lassen wollten.

Sozialdemokraten stehen den Rüpfeleien der Kommunisten genau so ablehnend gegenüber, wie den Schimpfepisteln der Deutschnationalen. Wir erwarten so wenig, daß jene Verunmündungen zugängliche würden, wie, daß diese dem dringenden Rate der „Germania“ folgten und endlich ihr albernnes, das ganze deutsche Volk beleidigende Gerede vom Dolchstoß endlich einstellen. Wir wissen, daß die Probleme des Tages und der Zukunft nicht nur vergangene oder zukünftige Kriege umfassen. Daß vielmehr weit dringlicher die Frage sich stellt, wie der aus dem Weltbrand und dem Zusammenbruch erwachsene neue Staat, die deutsche Republik, erhalten und zu einem wohnlichen Haus für jeden Teil unseres Volkes gemacht werden kann. Die Wutskiffen von Hitler bis Schulze von Ludendorff über Westarp bis Swan Kaj haben das schwarzrotgoldene Banner als das Symbol der Republik, des freien demokratischen Staates. Wir aber wissen, daß dieser Staat in seiner demokratisch-republikanischen Form eine geschichtliche Notwendigkeit war und ist, daß er seine stärkste Stütze findet in den Massen der Sozialdemokratie. Zwar hat die Partei offiziell an der Kundgebung vor dem Reichstag nicht

teilgenommen — wie ja überhaupt die politischen Parteien zu dieser gemeinsamen Kundgebung nicht eingeladen waren —, aber sie bildete doch den geistigen Mittelpunkt alles dessen, was am Sonntag unternommen wurde. Sie wurde beschimpft von den Kommunisten, nicht minder von den Westarp-Beuten. Und es muß leider registriert werden, daß auch gewisse Redner bei den pazifistischen Kundgebungen ihre Ansprachen würzen zu müssen glauben, indem sie gegen die Sozialdemokratie polemisierten. Eine Kulturbewegung, die so von allen Seiten angegriffen und befehdt wird, zeigt dadurch ihre Stärke und ihre innere Notwendigkeit.

Wir glauben dem Gedächtnis der Kriegssopfer am besten zu dienen, wenn wir auf dem Boden der demokratischen Republik wirken für die Durchsetzung der sozialistischen Weltanschauung, für die der Kapitalismus so treffliche Borarbeit leistet!

Tausende und Abertausende waren gestern zum Platz vor dem Reichstag gesammelt, um an der Feier, die die Reichsregierung zu Ehren der im Weltkriege Gefallenen veranstaltete, teilzunehmen. Die angrenzenden Straßen des Tiergartens waren dicht mit Menschen angefüllt. Ueber der Freitreppe des Reichstags war in großer Schrift zu lesen: „Dem Lebenden Geiste unserer Toten.“ Der Giebel im Mittelteil des Reichstages sowie die Säulenhalle waren

mit Tannengrün geschmückt. Rechts und links der Freitreppe stammten auf Blumenbeetzungen Altären Opferfeuer. Auf der Freitreppe stand auf schwarzem Sockel ein großer Rotasack, über dem das Bild des Reichsadlers prangte.

Als der Reichspräsident erschien, wurde er von den Massen mit stürmischen Zurufen begrüßt. Der Reichspräsident war von der Reichsregierung begleitet. Daneben sah man Vertreter sämtlicher Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden. Die Feier wurde durch den Trauermarsch aus dem Oratorium „Saul“ eingeleitet. Alsdann sprach der evangelische Feldprobt der Reichsmehr, Diakonius D. Schlegel. Er gedachte der im Weltkriege gefallenen Deutschen. Nachdem der Erbkche Männergesangsverein die „Heldenfeier“ von Prag vorgetragen hatte, hielt der stellvertretende katholische Feldprobt der Reichsmehr, Generalkor Dr. Schwamborn eine Ansprache. Währenddem erschienen zwei Flugzeuge über dem Platz, die in der Luft, gleichsam als Vertreter der im Weltkriege gefallenen Flieger, teilnahmen.

Die Rede des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hielt von der Freitreppe des Reichstages folgende Ansprache:

„Ein Tag des Gedenkens und der Trauer ist es, den das ganze deutsche Volk heute mit uns begeht. In tiefem Schmerz trauern wir um die Söhne Deutschlands, die den Selbstenstod gestorben sind, damit Deutschland lebe; in warmem Mißgefühl gedenken wir der Wunden der Kriegsbeschädigten und des Schmerzes der

Die deutsche Delegation abgereist.

Dienstag Verhandlungsbeginn mit den Alliierten.

Die deutsche Delegation ist in der bereits gemeldeten Zusammenfassung am heutigen Vormittag mit Sonderzug vom Potsdamer Bahnhof abgereist. Sie wird Dienstag früh in London eintreffen. Noch am gleichen Tage sollen die Verhandlungen mit der Entente beginnen.

Die Londoner und Pariser Blätter widmen ihre Leitartikel sowohl dem abgeschlossenen Kompromiß, wie auch vor allem den kommenden Verhandlungen mit den Deutschen. Es wird allgemein angenommen, daß die deutschen Delegierten die Frage der militärischen Räumung zur Sprache bringen werden. Ein großer Teil der Pariser Presse scheint einer Erörterung dieser Frage mit den Deutschen nicht abgeneigt zu sein, zugleich aber wird Deutschland davor gewarnt, übertriebene Forderungen zu stellen, denn die Alliierten seien jetzt einiger denn je und Deutschland bedürfe am allermeisten einer Regelung der Reparationsfrage. Das ist u. a. der Tenor eines Interviews, das Herriot dem „Petit Parisien“ gewährt hat, in dem er übrigens das Hauptberufsdienst der interalliierten Einigung dem staatsmännischen Geiste Macdonalds zuschrieb.

Französische Sozialisten in London.

Paris, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Partei hatte am Freitag beschlossen, eine Abordnung nach London zu entsenden, um sich mit der englischen Arbeiterpartei über gewisse, mit dem Reparationsproblem zusammenhängende Fragen zu besprechen. Auf Grund der am Sonnabend aus der Konferenz zustandekommenen Einigung zwischen den Alliierten wurde dieser Beschluß rückgängig gemacht. Lediglich der Abgeordnete Auriol ist am Sonntag in Begleitung Grumbachs nach London abgereist, um dort die entscheidenden Verhandlungen der Konferenz aus der Nähe verfolgen zu können.

Die Stimmung in Paris.

Paris, 3. August. (Eig. Drahtbericht.) Die in London nach 18tägigen Verhandlungen über die Durchführung des Dawes-Planes unter den Alliierten erzielte Verständigung wird von dem weitaus größten Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs mit außerordentlicher Befriedigung begrüßt. Selbst in den Kreisen der Opposition ist man trotz der an manchen Einzelheiten des zustandekommenen Kompromisses geübten Kritik herzlich froh, endlich zu einem positiven Ergebnis gelangt zu sein und so den Erfolg der Londoner Konferenz gesichert zu sehen. Die Linkspreffe spricht in ihren Kommentaren, die sie den Londoner Beschlüssen widmet, von einem großen Sieg der demokratischen Idee der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, der künftig die Regelung aller Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Durchführung des Dawes-Planes, sei es zwischen den Alliierten unter sich oder zwischen diesen und Deutschland ergeben könnten, vorbehalten sei. Sie sehen darin einen starken persönlichen Erfolg Herriots, dessen Geduld und über Energie es gelungen sei, alle Hindernisse zu überwinden und unter Wahrung der französischen Rechte eine Lösung zur Annahme zu bringen, die den berechtigten Ansprüchen und den Interessen aller Beteiligten einschließlich Deutschland in vollem Umfange gerecht werde. So meint „Le Reuvelle“, in den Beschlüssen der Londoner Konferenz habe endlich die Vernunft zu triumphieren vermocht und die Politik des gesunden Menschenverstandes einen demütigen Sieg davon getragen. „Deuure“ bezeichnet es als das große Verdienst Herriots, daß er Frankreichs Bestreben gerettet habe. Alle Wälder einschließlich Amerika würden sich nunmehr davon überzeugen, daß Frankreich, ohne eines seiner Rechte aufzugeben, seine wahre Aufgabe begriffen habe und erneut in der Weltpolitik das Element des Friedens geworden sei. Wenn nunmehr auch Deutschland die Situation richtig erfasse und einsehe, daß Frankreich, im Vollbesitz der Sympathien der ganzen Welt, nichts verlange als das, was ihm geschuldet werde, dann könne man der

weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegensehen. „Quotidien“ meint, den Anhängern Poincarés, die aus parteipolitischen Gründen ein Scheitern der Londoner Konferenz gewünscht hätten, seien nunmehr die letzten Hülle weggeschwommen. Die Wut der nationalistischen Presse zeige am deutlichsten den tiefsten Gegensatz zwischen den Methoden der letzten Jahre, die Frankreich an den Abgrund geführt hätten, und der neuen Politik der Demokratie, durch die allein Europa gerettet werden könne.

Aber auch die keineswegs im Lager der Demokratie stehenden großen Informationsblätter wie „Journal“, „Matin“ und „Petit Parisien“ erkennen heute Herriots Verdienste reiflos an. Rein Franjois, der guten Glaubens ist, schreibt „Journal“, werde leugnen können, daß die Situation, wie sie sich nach den Beschlüssen der Londoner Konferenz darbiete, weit besser sei als die vor drei Monaten. Der „Matin“ unterstreicht, daß Herriot eine Revision wesentlicher Bestimmungen des Dawes-Planes durchgesetzt habe, den Poincaré ohne Vorbehalte angenommen habe. Aus den Anmerkungen dieser Blätter geht hervor, daß Herriot trotz des Geschehenes der extremen Nationalisten mit den von ihm erzielten Ergebnissen auch im Parlament mit keinerlei ernsthaftem Widerstand zu rechnen haben wird. Der „Eclair“ stellt dies ausdrücklich fest, wenn er schreibt, die Mehrheit der Kammer, die mit Herriot solidarisch verantwortlich sei, könne, selbst wenn sie wolle, die Londoner Beschlüsse nicht verleugnen und nach allem, was man aus dem Senat höre, werde dort die Opposition nicht den Mut aufbringen, sich in Widerspruch zur Kammer zu setzen. „Echo de Paris“ beschwört das Parlament, die von Herriot gemachten Konzessionen nicht zu ratifizieren, wenn es nicht das Ende aller Reparationspolitik besiegeln wolle. Das Blatt verliert an einer künstlich konstruierten Beispiel nachzuweisen, daß auf Grund des in London zustandekommenen Kompromisses für die Ausführung einer Bestellung von 500 000 Tonnen Kohle nicht weniger als ein halbes Duzend Schiedsprüche nötig seien, ohne daß dabei Frankreich zu keinem Recht zu gelangen vermöge. Auf diese Argumente antwortet am Sonntagabend der „Temps“, man könne nicht gut den Dawes-Plan dafür verantwortlich machen, daß Frankreich und Belgien auf Grund einer deutschen Verletzung in der Forderung von Telegraphenanlagen nichts Verursachteres eingeleistet als die Ruhr zu besetzen und damit eine Krise auszulösen, die seit nunmehr 20 Monaten dauere und der man jetzt unter allen Umständen ein Ende habe machen müssen.

Staatssekretär Hughes in Berlin.

Der am Sonntag vormittag in Berlin eingetroffene amerikanische Staatssekretär Hughes ist in der amerikanischen Botschaft abgestiegen. Am Montag vormittag empfing er dort die Vertreter der deutschen Presse und richtete an sie eine kurze Begrüßungsansprache folgenden Wortlauts:

„Ich bin sehr erfreut, diesen meinen Besuch in Berlin haben ausführen und hiermit für die vielen Höflichkeiten danken zu können, die mir hier erwiesen worden sind. Berlin ist mir schon von früheren Jahren her vertraut, und ich bedaure, daß ich diesmal nur kurzen Aufenthalt nehmen kann; aber ich muß plötzlich in die Bereinigten Staaten zurückkehren. Ich fühle morgen von Bremen aus mit dem „Präsident Harding“ ab. Es hat mir zur besonderen Genugtung gereicht, in einem Augenblick hier anwesend zu sein, an dem so glänzende Zusichten für die Grundlegung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Deutschlands entstanden sind. Wir in Amerika haben das tiefste Interesse an den zu diesem Zweck beschlossenen Maßnahmen, und ich bin des festen Glaubens, daß der Dawes-Plan den Beginn einer neuen Ära vom Frieden und Wohlstand in Europa bedeutet. Es ist unsere ernsteste Hoffnung, daß dieser Plan so schnell wie möglich verwirklicht wird.“

Am Sonntag war Staatssekretär Hughes beim Reichspräsidenten zu Gast.

